

Aschermittwochsrede des CDU-Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Peter Müller, in Schwalbach am 5. März

Politischer Aschermittwoch in Schwalbach - das ist der politische Aschermittwoch in unserem Land! Der Aschermittwoch markiert das Ende der Fastnachtszeit. Ich hoffe, Sie haben alle eine schöne Fastnachtszeit erlebt, schöne tolle Tage, tolle Veranstaltungen, tolle Kappensitzungen und schöne Rosenmontagsumzüge. Der seltsamste Rosenmontagsumzug in diesem Jahr fand in Berlin statt. Das war ein recht kleiner Rosenmontagszug. Neun Teilnehmer, alles Männer: da waren die Herren Rogowski, Hundt, Braun und Philipp von der Wirtschaft, da waren die Herren Bsirske, Sommer, Zwickel und Schmoldt von der Gewerkschaftsseite und der Bundeskanzler. Die haben sich am Rosenmontag zu einem Spitzentreffen von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik im Bundeskanzleramt getroffen. Eine Tagesordnung gab es keine. Der Kanzler hat sich auch nicht getraut, weitere Mitglieder der Bundesregierung mitzubringen. Nach drei Stunden hat man dann erklärt, dass man nichts zu erklären hat.

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gab es noch kein Spitzentreffen von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik, das so miserabel vorbereitet worden ist und das so ergebnislos geblieben ist wie dieses Spitzentreffen. Und wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass diese Bundesrepublik Deutschland von diesem Kanzler dilettantisch regiert wird, dann hat der Rosenmontag diesen Beweis geliefert. Es ist nicht professionell, was dieser Kanzler macht. Es ist noch nicht einmal amateurhaft. Denn Amateure sind Leute, die wenigstens aus der Liebe zur Sache heraus handeln. Das hier ist Dilettantismus in höchstem Maß. Und wohin bringt dieser Dilettantismus unser Land? Wo stehen wir mit unserem Land?

Das wirtschaftliche Wachstum lag im vergangenen Jahr bei 0,2 Prozent bundesweit, in den einzelnen Bundesländern ist das Wachstum unterschiedlich ausgefallen.

Es gab Bundesländer, die haben sogar ein „Minuswachstum“ übers ganze Jahr gehabt, es gab Bundesländer, die hatten ein Null-Wachstum und es gab Bundesländer, die haben anständige Wachstumsraten gehabt. Das höchste Wachstum des Bruttoinlandsproduktes aller Bundesländer im vergangenen Jahr mit 1,2 Prozent real hatte das Saarland. Wir liegen damit an der Spitze des wirtschaftlichen Wachstums in der Bundesrepublik. Aber wir sind natürlich nicht zufrieden. Denn schließlich wären wir lieber an der Spitze des Wachstums bei einer Wachstumsrate von 2,5 und nicht bei einer Wachstumsrate von 0,2 Prozent bundesweit.

Die Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten beiden Quartalen insgesamt echte Rückgänge gehabt, sogenanntes „Minuswachstum“. Aber es soll niemand behaupten, es liege an der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Nein, die Bundesrepublik hat die geringste Wachstumsrate in Europa. Wir haben in Europa Länder mit Wachstumsraten von zwei Prozent, von drei Prozent, zum Teil von vier und fünf Prozent. Deutschland, früher noch die Wachstumslokomotive in Europa, ist mittlerweile die Bremsabteilung in Europa. Wir liegen am Ende. Die Ursachen liegen hier im Land und sie dürfen nicht international gesucht werden. Auch in diesem Jahr wird sich die Lage nicht bessern.

Die Bundesregierung hatte zunächst zwar einen Haushalt vorgelegt, der davon ausgeht, dass wir 2003 ein Wachstum von 1,5 Prozent haben werden. Mittlerweile hat man das aber bereits auf ein Prozent korrigiert.

Ich kenne kein führendes Wirtschaftsinstitut, das eine Wachstumsrate von mehr als 0,6 bis 0,7 Prozent sieht, und selbst diese Wachstumsraten sind noch mit Fragezeichen versehen. Das ist das erste Ergebnis der Schröder'schen Politik.

Das zweite Ergebnis der Schröder'schen Politik ist die steigende Arbeitslosigkeit. Wissen Sie, wenn diese Bundesregierung überhaupt nichts machen würde, dann müsste die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland jedes Jahr um etwa 300.000 zurückgehen, weil im Moment aus demographischen Gründen etwa 300.000 Menschen mehr aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden als junge Menschen in den Arbeitsplatz nachkommen. Wenn die Bundesregierung also nichts tun würde, hätten wir eine zurückgehende Arbeitslosigkeit. Wir haben aber keine zurückgehende Arbeitslosigkeit, wir haben eine steigende Arbeitslosigkeit. Knapp 4,6 Mio. Arbeitslose waren es im Januar 2003. Dabei hatte dieser Bundeskanzler einmal gesagt, er werde sich daran messen lassen, ob es ihm gelingt, die Arbeitslosigkeit unter die Grenze von 3 Mio. herunterzudrücken.

Mittlerweile steigt auch die Arbeitslosigkeit im Saarland wieder an. Wir können uns nicht völlig vom Trend abkoppeln. Während wir aber bundesweit einen Anstieg der Arbeitslosigkeit von über zehn Prozent haben, liegt der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Saarland bei 4,5 Prozent. Das Saarland ist das westliche Bundesland mit dem geringsten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Das zeigt uns, dass wir uns in schwierigen Zeiten gut behaupten.

Die Beschäftigung in Deutschland geht zurück; ein Rückgang von etwa einer Million sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im vergangenen Jahr. Die Zahl der Insolvenzen nimmt zu. Im vergangenen Jahr allein waren es mehr als 40.000 Unternehmensinsolvenzen. Täglich gehen in diesem Lande Unternehmen Konkurs und das gleichzeitig in einer Situation, in der die Staatskassen leer sind und die Staatsverschuldung immer weiter ansteigt. Hans Eichel, der bis zur Bundestagswahl noch fest davon überzeugt war, dass wir unter drei Prozent Verschuldung bleiben, hat nach der Wahl kleinlaut 3,7 Prozent einräumen müssen. Der Hinweis auf den Baron von Münchhausen wäre für mich wirklich nachvollziehbar. Steigende Arbeitslosigkeit, zurückgehende Beschäftigung, eine immer höhere Zahl der Unternehmensinsolvenzen, kein wirtschaftliches Wachstum, das ist die Bilanz dieser Bundesregierung.

Wieso ist Schröder eigentlich noch Kanzler? Er ist nicht nur, aber nicht zuletzt deshalb noch Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, weil im Vorfeld und Umfeld der Bundestagswahl der größte Wahlbetrug in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden hat. Ich will es nur an wenigen Beispielen unterlegen: Was sagte uns Gerhard Schröder damals vor der Bundestagswahl? „Steuererhöhungen,“ so lautete sein Zitat, „Steuererhöhungen sind in der jetzigen Situation konjunkturell schädlich und deshalb haben wir keine Steuererhöhungen vor.“ Das war die Aussage vor der Bundestagswahl. Wie ist die Wahrheit nach der Bundestagswahl? Die Wahrheit nach der Bundestagswahl ist, dass geredet wird über Vermögenssteuer, Zinsabgeltungssteuer, über ein sogenanntes „Steuervergünstigungsabbaugesetz.“ In Wahrheit ist es nichts anderes als ein Steuererhöhungsgesetz mit 48 unterschiedlichen Steuererhöhungen. Die Maßnahmen dieser Bundesregierung kosten den durchschnittlichen Haushalt 270 Euro Steuern und Abgaben. Jeden Monat wird den Menschen in die Tasche gegriffen! Das ist die Wahrheit und deshalb sage ich, dieser Wahlsieg war aufgebaut auf Lügen und Betrug! 48 unterschiedliche Steuererhöhungen mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz, das sind 48 Beiträge dazu, dass die Konjunktur in Deutschland noch stärker abgewürgt wird. Das sind 48 Beiträge dazu, dass Wachstum und Beschäftigung noch weniger auf einen vernünftigen Weg gebracht

werden. Ich will es nur an zwei Beispielen, die Bestandteil dieses Steuervergünstigungsabbaugesetzes sind, darlegen: Die Bundesregierung beschneidet massiv die Eigenheimzulage. Und fördert so den Erwerb von Wohnungseigentum deutlich weniger als in der Vergangenheit. Wohnungseigentum ist aber mehr als ein Vermögenstatbestand, das ist ein Stück Gewährleistung von Freiheit, das ist ein Stück Gewährleistung einer vernünftigen Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Ludwig Erhard hat doch völlig zurecht den Begriff der sozialen Marktwirtschaft an drei Begriffen festgemacht: „Wohlstand für alle, Arbeit für alle, aber auch Eigentum für alle.“ Deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass der Staat weiter seinen Beitrag zu leisten hat, damit auch die Bezieher durchschnittlicher Einkommen in der Lage sind, sich Eigentum zu bilden und damit ein Stück Vorsorge zu betreiben, um ein Stück Freiheit zu erwerben. Deshalb darf der Staat sich nicht aus der Eigenheimförderung zurückziehen, deshalb sind wir gegen die Kürzung der Eigenheimzulage und deshalb werden wir unsere Möglichkeiten im Bundesrat nutzen, um das zu verhindern. Ich bin aber zuversichtlich und hoffe auf die Unterstützung aller politischen Kräfte im Saarland, auch über alle Parteigrenzen hinweg. Wir wollen alles tun, um die Kürzung der Eigenheimzulage zu verhindern.

Ich will ein zweites Beispiel nennen: Die Besteuerung von Dienstwagen. Diese soll von einem Prozent pro Monat des Listenwertes angehoben werden auf 1,5 Prozent. Das wird verbunden mit der Vorstellung: Da gehen wir endlich einmal an die Großen, die mit ihren Karossen durch die Gegend fahren, und die werden dann so richtig geschrópft! Aber wen trifft die Besteuerung von Dienstwagen in erster Linie? Es trifft in erster Linie die selbstständigen Handelsvertreter, den selbstständigen Handwerksmeister, der sich einen Dienstwagen in der bisherigen Form künftig nicht mehr leisten kann, und der deshalb länger warten wird, bis er einen neuen Dienstwagen anschafft, der sich einen kleineren Dienstwagen als bisher anschaffen wird. Es bringt zusätzliche Probleme. Die Folge ist auch, dass wir damit Arbeitsplätze im Automobilbereich bedrohen. Wir bedrohen damit Arbeitsplätze z.B. bei einem Unternehmen wie Ford, das hier in Saarlouis hervorragend arbeitet. Ich finde, auch das ist eine falsche Weichenstellung. Denn auch das führt dazu, dass Konjunktur abgewürgt wird.

Wir brauchen in der momentanen Situation keine konjunkturschädlichen Steuererhöhungen! Deshalb wollen wir die von der Bundesregierung geplanten konjunkturschädlichen Steuererhöhungen im Deutschen Bundesrat verhindern. Wir werden unsere Mehrheit im Interesse der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich einsetzen. Wir haben nur in einem begrenzten Umfang eine Gestaltungsmehrheit. Wenn man im Moment die Zeitungen liest, hat man den Eindruck, als ob nach den Wahlen in Hessen und Niedersachsen die CDU im Bund an der Regierung sei. Das ist sie nicht, wir haben nach wie vor dieselbe Bundesregierung, wir haben nach wie vor eine rot-grüne Mehrheit im Deutschen Bundestag, wir haben allerdings eine Mehrheit im Deutschen Bundesrat. Wir werden diese Position im Deutschen Bundesrat aber nicht nutzen, um Blockade um der Blockade willen zu machen. Das ist das Niveau von Oskar Lafontaine und auf dieses Niveau werden wir uns nicht begeben. Wir werden als Saarland immer dann mit dabei sein, wenn es darum geht, Entscheidungen zu treffen, die die Bundesrepublik Deutschland nach vorne bringen. Von uns kann aber niemand verlangen, dass wir im Deutschen Bundesrat Entscheidungen zustimmen, von denen wir davon überzeugt sind, dass sie Deutschland nicht voran bringen. Die Entscheidung erfolgt nach der Sache und nur nach der Sache. Wo es Deutschland nützt, sind wir mit dabei, und wo es Deutschland schadet, werden wir Widerstand leisten. Das wird unsere Linie sein, und so werden wir unsere Verhandlungen im Deutschen Bundesrat führen.

Ein zweites Zitat von Bundesfinanzminister Hans Eichel: „Wir werden nicht in Schulden ausweichen, wir machen keine neuen Schulden, und das wird auch in Zukunft so sein“. Hans Eichel hat in Brüssel eine Beurteilung mit dem Ergebnis vorgelegt, dass das Staatsdefizit der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr 2003 mit 2,8 Prozent immer noch unter drei Prozent des Bruttonettoproduktes liegen werde. Ich biete die Wette an, dass am Ende dieses Jahres Hans Eichel wieder dastehen und sagen wird, dass wir es nicht geschafft haben und wieder über drei Prozent liegen. Auch da macht die Bundesregierung wieder den Versuch, zu täuschen, zu tarnen und die Unwahrheit zu sagen. In Brüssel aber macht man sich damit lächerlich und in Deutschland nimmt man der Politik damit die Glaubwürdigkeit. Schließlich hat Eichel aber auch diese Prognose schon mit Bedingungen verbunden. Bedingung eins: die Union müsse dem Steuervergünstigungsabbaugesetz zustimmen. Bedingung zwei: Das wirtschaftliche Wachstum muss bei mindestens einem Prozent liegen.

Bedingung drei: Es werden zusätzliche Steuereinnahmen durch die Zinsabgeltungssteuer in einer Größenordnung von fünf Milliarden Euro benötigt. Die Zinsabgeltungssteuer kann unter Umständen etwas ganz Vernünftiges sein. Aber nur einer, **der nicht mit beiden Beinen fest auf dem Boden steht, kann glauben**, dass man Kapital, das aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland zurücktransferiert wird, mit 25 Prozent besteuern kann und dass das dann dazu führt, dass wir fünf Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen haben. Ursprünglich glaubte Eichel ja sogar, damit 25 Milliarden Euro verdienen zu können. Jetzt ist er schon auf fünf Milliarden heruntergegangen, und auch das ist noch viel zu hoch.

Die vierte Bedingung: Es dürfen keine zusätzlichen Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit gezahlt werden, und das bei wachsenden Arbeitslosenzahlen und einem Rückgang der Beitragszahler in die Arbeitslosenversicherung. Aber wie soll das denn angesichts wachsender Arbeitslosenzahlen, bei einem Rückgang der Beitragszahler in die Arbeitslosenversicherung funktionieren? Wie soll das denn ohne zusätzliche Zahlungen an die Bundesanstalt für Arbeit zu bewerkstelligen sein? Das ist doch wieder ein weiteres großes Täuschungsmanöver dieser Bundesregierung! So kann man Deutschland nicht regieren! So darf man Deutschland nicht regieren! Das hat die Bundesrepublik Deutschland wirklich nicht verdient!

Die Liste der Zitate ließe sich beliebig fortsetzen. Da gibt es die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmitt, die zugesagt hat, dass die Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Krankenversicherung nicht erhöht wird. Das war eine unvollständige Aussage! Sie hätte besser gesagt: „Wir werden nicht nur die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung erhöhen, sondern auch die Beitragssätze.“ Beides ist bereits geschehen. Die Bemessungsgrenze und auch die Sätze sind erhöht worden. Wir sind mittlerweile bei 14,2 bis 14,5 Prozent. Experten sagen, diese Entwicklung wird nicht abreißen und wird noch weiter nach oben gehen. Ulla Schmitt hat jeden Tag eine neue Idee! Der Herr Rürup mit seiner Kommission hat auch jeden Tag eine neue Idee. Die Ideen der beiden vertragen sich aber nicht miteinander, und die Probleme werden immer größer. Nehmen Sie als Beispiel Wolfgang Clement, jetziger Superminister. Er hat zugesagt, dass die Ergebnisse der Hartz-Kommission von der rot-grünen Bundesregierung „eins zu eins“ umsetzen werden. Nichts gegen Peter Hartz. Er ist ein Saarländer, das spricht für ihn. Alles, was er in seiner Kommission vorgeschlagen hat, habe ich auch nicht ganz verstanden, das gebe ich gerne zu. Mit dem Ausbildungszeitwertpapier und der Frage, wie ich mit der „Ich-AG“ mein eigener Anteilseigner werden kann, damit tue ich mir doch ein bisschen schwer. Aber an der

ein oder anderen Stelle hat er wirklich vernünftige Vorschläge gemacht. Deshalb haben wir Peter Hartz auch ins Saarland eingeladen und haben mit ihm gemeinsam nachgedacht, welche Module seines Konzeptes wir unabhängig von der Bundespolitik im Saarland umsetzen können, um damit für die Menschen im Saarland Arbeit zu schaffen. Doch kaum lag das Hartz-Konzept auf dem Tisch, sind die Vorschläge von Peter Hartz an allen entscheidenden Punkten, zum Teil von den eigenen Mitgliedern der Kommission aus dem Gewerkschaftslager, konterkariert worden: Die Vorschläge zu den Niedriglohnjobs, die Vorschläge zur Zeitarbeit, die Vorschläge zur Leiharbeit. Überall haben die Gewerkschaften Bedingungen formuliert, so dass am Ende Frau Kunkel-Weber von Verdi, die ja auch Saarländerin ist und ebenfalls dieser Kommission angehört hat, gesagt hat, Peter Hartz und das ganze Konzept der Kommission seien tot und am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert.

Mittlerweile konnten wir wenigstens im Bereich Niedriglohn einiges umsetzen. Das war aber nur deshalb möglich, weil wir im Deutschen Bundesrat mit unserer CDU-Mehrheit das durchgesetzt haben, was in unserem Wahlprogramm stand und was auch näher an den Vorstellungen von Hartz war als das, was die Bundesregierung vorgeschlagen hatte. Wenigstens da sind wir einen Schritt weiter gekommen, wenigstens da haben wir etwas erreicht.

An allen anderen Punkten haben sich die deutschen Gewerkschaften als Reformbremse betätigt. Es muss doch möglich sein, von dieser Stelle auch ein deutliches Wort an die Adresse der Gewerkschaften zu sprechen: Ich bin selbst Mitglied einer DGB-Gewerkschaft. Auch ich bin fest davon überzeugt, dass wir in einem demokratischen System starke Gewerkschaften brauchen. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass es die Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vertreten, dabei auch an diejenigen zu denken, die keine Arbeit haben. Ich bin aber nicht davon überzeugt, dass es die Aufgabe der Gewerkschaften ist, notwendige Reformen in der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern und auf diese Art und Weise in die Politik einzugreifen. Auch die Gewerkschaften haben den Primat der Politik zu beachten. Und ich sage ein zweites Wort dazu: Ich habe den Eindruck, dass es in den deutschen Gewerkschaften zumindest in den Führungskreisen eine Menge von Menschen gibt, die nicht nur ein Gewerkschaftsbuch in ihren Taschen auf ihrem Herzen tragen, sondern die daneben auch noch ein Parteibuch in ihren Taschen tragen und die das Parteibuch sehr viel näher am Herzen haben als das Gewerkschaftsbuch. Wenn ich mir anschau, was im Bundestagswahlkampf wieder mit meinen Gewerkschaftsbeiträgen an einseitiger, politischer Agitation finanziert worden ist, dann sage ich, das geht an die Grenze der Veruntreuung von Gewerkschaftsbeiträgen. Das ist mit dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft nicht vereinbar und das muss ein Ende haben.

Deshalb hoffe ich sehr, dass da ein Stück Einkehr stattfindet und dass man auch im Saarland mal nachdenkt. In dieser kümmerlichen Veranstaltung unter dem Namen „SPD Saar“ gibt es einen stellvertretenden Landesvorsitzenden mit Namen Eugen Roth, der gleichzeitig auch DGB-Bezirksvorsitzender ist. Ich finde, er sollte sich mal überlegen, was eigentlich jetzt seine Aufgabe ist. Wenn er Parteipolitik machen will, dann soll er Parteipolitik machen. Das ist sein gutes Recht. Wenn er aber DGB-Vorsitzender sein will, dann verwaltet er auch die Beiträge der CDU-Mitglieder im Deutschen Gewerkschaftsbund, und auch dem hat er Rechnung zu tragen.

Deshalb ist es notwendig, dass wir in der Politik den sich aufstauenden Reformbedarf befriedigen, dass wir uns den Aufgaben stellen, dass wir dafür sorgen, dass gerade auch die jungen Menschen in unserem Land Zukunft haben. In Deutschland reißt die

Lehrstellenlücke wieder auf. Wir haben im vergangenen Jahr bundesweit auf 100 Lehrstellenbewerber nur noch 95 Lehrstellen gehabt. Im Saarland war es anders: Im Saarland hatten wir die Situation, dass auf 100 Bewerbungen um eine Lehrstelle 108 Lehrstellen zur Verfügung gestellt werden konnten. Im vergangenen Jahr waren wir damit in der Lage, jedem, der ausbildungsfähig und ausbildungswillig war, einen Ausbildungsplatz anzubieten. Mittlerweile sind wir in der Ausbildungsplatzdichte auf Platz drei aller Bundesländer, nachdem wir in der Vergangenheit immer im zweiten Drittel der Tabelle waren. Und wenn das nicht Aufsteigerland ist, was soll dann Aufsteigerland sein? Dies war aber vor allem deshalb möglich, weil es eine große Kraftanstrengung der Wirtschaft, der Kammern und der Arbeitsverwaltung in unserem Land gab. Alle haben ihren Beitrag dazu geleistet! Ich möchte mich bei allen bedanken, und ich möchte den heutigen Aschermittwoch auch nutzen, einen Appell an die Entscheidungsträger zu richten, auch in diesem Jahr wieder ausreichend Lehrstellen zur Verfügung zu stellen. Ich möchte die Unternehmen, die Kammern und die Arbeitsverwaltung in unserem Land bitten, dafür Sorge zu tragen, dass wir auch am Ende des Jahres 2003 sagen können, dass wir jedem, der ausbildungsfähig und ausbildungswillig ist, im Saarland auch einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen können. Das muss unser gemeinsames Ziel sein. Ich richte meine herzliche Bitte an die saarländische Wirtschaft, die das in der Vergangenheit in hervorragender Weise getan hat, in diesen Bemühungen nicht nachzulassen und diese Bemühungen auch im Interesse der Sicherung des eigenen Nachwuchses und der eigenen Zukunft fortzuführen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in einer schwierigen Situation, wie sie eigentlich schwieriger kaum noch sein kann. Aber wie sehen die Rezepte aus, die die rot-grüne Bundesregierung anbietet? Da gibt es den Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag, Franz Müntefering. Der hatte eine gute Idee, wie er glaubte. Er hat erklärt, das Gebot der Stunde heiße: „Weniger Konsum, mehr Steuern“. Das muss man sich einmal vorstellen! In einer Situation wie der jetzigen behauptet er allen Ernstes, wir bräuchten mehr Steuern und die Leute sollten etwas mehr Konsumverzicht leisten. Es gab schon einmal einen deutschen Politiker, der diesen Vorschlag gemacht hat. Der letzte, der diesen Vorschlag vor ungefähr fünfzehn Jahren gemacht hat, war Günter Mittag. Er war Politbüromitglied der SED in der DDR. Kurz darauf war die DDR kaputt. Wir leben doch bereits jetzt in einer Situation, in der jede zweite Mark durch die Hand des Staates fließt. Wir haben eine Staatsquote von nahezu fünfzig Prozent. Da kann man sich fragen, ob das überhaupt noch ein marktwirtschaftliches System ist. In einer solchen Situation weniger Konsum und mehr Steuern zu fordern, und die Leute aufzufordern, mehr Geld an den Staat abgeben, das ist genau die falsche Weichenstellung. Das ist genau die Weichenstellung, um die Konjunktur noch stärker zu belasten. Deshalb will ich klipp und klar sagen, dass das Geld nicht primär in die Taschen des Staates gehört. Das Geld gehört in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger, das Geld gehört in die Taschen der Menschen, die es sich verdienen. Dort ist das Geld am besten aufgehoben!

Dann gibt es weitere Vorschläge, die in diesen Tagen gemacht werden. Einer macht besonders viele Vorschläge: Wolfgang Clement, der Superminister. Jeden Tag kündigt er etwas anderes an. Wir müssten heran an den Kündigungsschutz. Da hat er Recht. Wir müssen die Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe schaffen. Da hat er Recht. Wir brauchen eine Offensive für Entbürokratisierung und Deregulierung. Da hat er Recht. Wir sollen Sonderwirtschaftszonen schaffen für Bereiche mit besonders hoher Arbeitslosigkeit. Darüber kann man reden. Jeden Tag

eine neue Ankündigung ist gut und schön. Ich wäre froh, wenn einer dieser Ankündigungen endlich mal eine erste Tat folgen würde. Nicht die Worte entscheiden, sondern die Taten und die fehlen komplett. Warum fehlt es an diesen Taten? Weil Wolfgang Clement sich mit seinen Vorschlägen bei den eigenen Parteifreunden nicht durchsetzen kann. Weil die Sozialdemokraten alles das, was er vorschlägt, behindern, verhindern, sabotieren. Deshalb kann ich hier sagen: Wir bieten Mithilfe an. Wir sind bereit, die Dinge durchzusetzen. Er soll sich an uns wenden. Dort, wo die Vorschläge richtig sind, werden wir sie unterstützen. Dann braucht er noch ein paar vernünftige Sozialdemokraten und wir haben die notwendige Mehrheit zusammen. Dann kommt die Bundesrepublik Deutschland ein Stück voran. Bisher war der Superminister nur super im Ankündigen. Das ist aber zu wenig. Er muss auch super im Tun werden, und wenn er dazu die Union braucht, stehen wir ihm natürlich gerne zur Seite.

Der nächste Vorschlag ist das Investitionsprogramm. Es hätte mich gewundert, wenn dieser Vorschlag nicht irgendwann gekommen wäre. Da wird plötzlich über das Thema „Kommunales Investitionsprogramm“ geredet. Bei der Frage, wie das ausgestattet wird, geht es nach dem Motto „Wer bietet mehr“. Zuerst war die Rede von zwei Milliarden Euro, dann war die Rede von vier Milliarden Euro, dann hat der Bundesverkehrsminister mal von sechs Milliarden Euro geredet, daraufhin wusste die Bundestagsfraktion der SPD etwas von zehn Milliarden Euro. Mittlerweile ist ein Kreditfinanzierungsprogramm für die deutschen Kommunen übrig geblieben. Da frage ich mich, und da frage ich Sie, wem soll das denn helfen? Welche deutsche Kommune ist denn überhaupt noch in der Lage, zusätzliche Kredite aufzunehmen? Insbesondere durch die Politik dieser Bundesregierung sind die Kommunen doch längst in der Situation, dass sie ihren Kreditrahmen ausgeschöpft haben. Wenn man den Kommunen wirklich helfen will, muss die Bundesregierung die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage, die ein Griff in die Taschen der Kommunen war, endlich wieder zurücknehmen und die Gewerbesteuerumlage absenken. Dann haben die Kommunen frisches Geld, dann ist den Kommunen geholfen. Das wäre ein vernünftiger Weg, aber nicht die Diskussion um ein Investitionsprogramm, das nur Stroheffekte herbeiführt. Und dann gab es in diesem ganzen Durcheinander von Vorschlägen noch eine weitere unsägliche Äußerung: Vor ein paar Tagen ist das Unwort des Jahres 2002 gekürt worden. Man hat den Begriff „Ich-AG“ ausgesucht. Ich halte das für eine Fehlentscheidung. Das wirkliche Unwort des Jahres hat nämlich ein ganz anderer ausgesprochen: Der neue Generalsekretär der SPD, Herr Scholz, hat davon gesprochen, die SPD wolle „die Lufthoheit über die Kinderbetten übernehmen.“ Man muss sich einmal bildlich vorstellen, was das eine Drohung für die Kinder ist. Da liegt so ein unschuldiges Kind in seinem Kinderbett und plötzlich erscheinen die drohenden Gesichter von Gerhard Schröder, Hans Eichel und dem lächelnden Franz Müntefering. Das haben unsere Kinder nicht verdient. Diese Aussage ist entlarvend: Hinter einer solchen Aussage steht die Philosophie der Sozialdemokraten, dass der Staat sich auch in die inneren Angelegenheiten der Familien entscheidend einmischen soll; dass der Staat derjenige ist, der darüber entscheidet, wie Kinder in einer Familie betreut werden, und dass der Staat darüber entscheidet, wie Erziehungsabläufe in den Familien künftig aussehen.

Der Inhalt des Ganztagschulprojekts der Bundesregierung ist doch schließlich, dass der Staat alle Kinder zwingt, in Ganztagschulen zu gehen. Ich sage Ihnen, genau das ist der entscheidende Unterschied zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten! Wir Christdemokraten setzen auf die Eigenverantwortung der Familien! Die Familien sollen selbst entscheiden, welches Lebens- und Betreuungsmodell sie wählen. Wer ganztägige Betreuung will, der soll ganztägige

Betreuung haben. Deshalb haben wir im Saarland flächendeckend Angebote ganztägiger Betreuung in unseren Schulen geschaffen. Aber die Familie, die ihre Kinder nachmittags zu Hause betreuen will, die soll auch die Möglichkeit dazu haben. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Ganztagschulen zwingend vorzuschreiben, sondern ein Angebot ganztägiger Betreuung zu schaffen und gleichzeitig das Geld als Familiengeld an die Familien auszubezahlen. Damit kann dann jede Familie selbst entscheiden, ob sie die ganztägige Betreuung für ihre Kinder einkauft oder ob sie dieses Familiengeld im Rahmen der Erziehung der Kinder für andere Zwecke nutzt.

Diese Bundesregierung ist mit ihrem Latein am Ende. Und was macht man, wenn man die Probleme im Innern nicht mehr lösen kann? Man sucht nach einer Auseinandersetzung im Äußern. Dass man das so macht, wissen wir seit Niccoló Macchiavelli! Das ist ein uraltes System der Politik. Und genau darauf haben diese Bundesregierung und dieser Bundeskanzler zurückgegriffen. Natürlich leben wir in dieser Zeit alle in der Sorge um die internationale Entwicklung. Wir leben in der Sorge um die Frage, wie es im Irak weitergeht und ob es im Irak zu einem Krieg kommt. Ich halte es für eine unglaubliche Diffamierung, dass der deutsche Bundeskanzler in einer Debatte des Deutschen Bundestages behauptet hat, dass es in Deutschland Menschen gibt, die den Krieg wollen, und dann hinzu gefügt hat, dass CDU und CSU den Krieg im Irak wollten. Niemand will den Krieg im Irak und wenn einer, anderen unterstellt, dass sie den Krieg wollten, dann geht es ihm nicht um die Sache. Es geht ihm um Diffamierung. Er macht die politische Kultur und das politische Klima in der Bundesrepublik Deutschland kaputt.

Ich will, was die Situation im Irak anbetrifft, aus meinem Herzen keine Mördergrube machen. Aber ich glaube, dass mittlerweile die Frage von Krieg und Frieden keine Frage ist, die nur noch national entschieden werden kann. Dies ist eine Frage, die durch die Völkergemeinschaft in ihrer Gesamtheit entschieden werden muss. Deshalb braucht jeder Einsatz militärischer Gewalt und jede kriegerische Handlung die Legitimation durch einen entsprechenden Beschluss der Vereinten Nationen. Das ist jedenfalls meine Überzeugung. Mit Blick auf den Irak gibt es diesen Beschluss nicht. Die Resolution 1441 legitimiert nicht den Einsatz militärischer Mittel und ich glaube auch, dass nach den Bestimmungen des UN-Statutes die Voraussetzungen für einen solchen Beschluss nicht gegeben sind. Nach den Statuten der Vereinten Nationen ist ein unmittelbar bevorstehender Angriff auf einen Mitgliedstaat der Vereinten Nationen die Voraussetzung des Einsatzes militärischer Gewalt. Eine solche Situation ist für mich jedenfalls mit Blick auf den Irak bisher nicht plausibel dargelegt, und sehe ich im Moment keine Grundlage für den Einsatz militärischer Mittel gegenüber dem Irak. Ich glaube, dass es das gemeinsame Ziel sein muss, den Prozess der Entwaffnung, der ja erkennbar begonnen hat, durch die Arbeit der Inspektoren voranzutreiben, und diesen blutrünstigen Diktator, Saddam Hussein, zu entmachten. Das halte ich für den richtigen Weg.

Wahr ist allerdings auch, dass dieser Abrüstungsprozess und die Tätigkeit der Inspektoren im Irak erst möglich geworden sind, nachdem die militärische Drohkulisse durch die internationale Staatengemeinschaft aufgebaut wurde. Wenn sich alle wie die deutsche Bundesregierung verhalten und gesagt hätten, dass es auf gar keinen Fall im Irak zum Einsatz militärischer Mittel kommen dürfe, dann wäre bis heute kein einziger UN-Inspektor im Irak und dann wäre keine einzige Rakete verschrottet. Deshalb ist es richtig, wenn gesagt wird, dass das Verhalten der Bundesregierung einen Krieg im Irak wahrscheinlicher macht. Es war der Druck der

Völkergemeinschaft, der die Arbeit der Inspekture ermöglicht und die Abrüstung im Irak endlich in Gang gebracht hat.

Unser Ziel ist es, **den Irak zu entmachten und zu entwaffnen. Wir wollen dieses Ziel aber** mit allen Mitteln auf friedlichem Wege durchzusetzen und nur dann, wenn alle diese friedlichen Mittel versagen, auf die militärische Option zurückgreifen. Das heißt dann eben auch, dass in letzter Konsequenz der Einsatz militärischer Mittel nicht ausgeschlossen ist. Wenn die Inspekture scheitern, muss auch diese Option bestehen. Damit vertragen sich aber nicht solche Aussagen, wie sie der deutsche Bundeskanzler auf deutschen Marktplätzen mit dem Ziel, Wahlkämpfe zu beeinflussen, gemacht hat.

Ich bin mir bei vielen Aussagen von roten und grünen Politikern nicht sicher, worum es ihnen geht. Geht es wirklich um den Frieden in der Welt, oder geht es darum, antiamerikanische Instinkte endlich einmal offen auszuleben? Wir dürfen Ursache und Wirkung nicht auf den Kopf stellen, wir dürfen Diktatoren nicht mit demokratisch gewählten Präsidenten auf eine Ebene stellen. Es war die frühere Bundesjustizministerin, Däubler-Gmelin, die den unsäglichen Vergleich zwischen Hitler und George Bush gemacht hat. Ich bin mir nicht sicher, für wie viele Sozialdemokraten sie gesprochen hat. Ich bin mir nicht sicher, für wie viele Sozialdemokraten der Herr Stiegler gesprochen hat. Die Bundesrepublik Deutschland verdankt ihre demokratische Struktur auch der Tatsache, dass junge Männer aus Amerika ihr Leben eingesetzt haben, um uns von der Geisel der Diktatur und des Nationalsozialismus zu befreien. Die Amerikaner sind unsere Freunde und unsere Partner: Das darf nicht in Frage gestellt werden.

Noch schlimmer ist, dass es dieser Bundesregierung und diesem Kanzler gar nicht um die Sache ging, als er das getan hat. Es ging ihm um Wahlkampf. Es ging ihm darum, mit der Kriegsangst der Menschen Stimmen bei der Bundestagswahl zu gewinnen. Leider hat es bei der Bundestagswahl auch noch funktioniert. Er hat den gleichen Versuch dann wieder bei der Landtagswahl in Hessen und in Niedersachsen gemacht und dann auch wieder bei der Wahl in Schleswig-Holstein. Aber die Menschen sind ihm mittlerweile auf die Schliche gekommen: zweistellige Zuwachsraten für die CDU bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am letzten Sonntag: 13 Prozent Minus für die SPD; zweistellige SPD-Verluste bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und in Hessen; in Niedersachsen 48 Prozent für die CDU; in Hessen fast 49 Prozent für die CDU; in Schleswig-Holstein über 50 Prozent für die CDU! Ich finde, die CDU ist auf einem guten Weg, und das kann noch eine Zeitlang so weitergehen.

Das bedeutet aber auch eine zunehmende Verantwortung für uns beim Abbau des Reformstaus in Deutschland. Wir müssen endlich grundlegende Reformen durchführen, wenn wir dieses Land nach vorne bringen wollen. Nirgendwo auf der Welt ist der Arbeitsmarkt so reguliert wie in der Bundesrepublik Deutschland. Das muss geändert werden. Ein Kündigungsschutz, der dazu führt, dass ältere Menschen keine Chance mehr haben, auf den Arbeitsmarkt zurückzufinden, ist nicht sozial. Deshalb muss es doch möglich sein, dass künftig Menschen vereinbaren, dass sie statt des Kündigungsschutzes eine klare Abfindungsregelung in Anspruch nehmen. Deshalb muss es möglich sein, dass ein über Fünfzigjähriger sagt: „Ich brauche nicht die langen Kündigungsschutzfristen des Kündigungsschutzgesetzes, vereinbaren wir doch lieber eine bestimmte Abfindung!“ Auf einer solchen Grundlage kann dann eine erneute Einstellung stattfinden. Es gibt so viele aktive, leistungsfähige und erfahrene Menschen, die wir in unseren Arbeitsmärkten brauchen. Wir müssen deshalb endlich

die Sperren aufheben, die verhindern, dass diese Menschen wieder Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland finden. Es muss doch möglich sein, dass auf betrieblicher Ebene Arbeitnehmer und Arbeitgeber einvernehmlich betriebliche Bündnisse für Arbeit schließen. Die Menschen in den Betrieben wissen doch am besten, was für das Unternehmen notwendig und wichtig ist. Deshalb muss es möglich sein, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber einvernehmlich auch Abweichungen von Tarifverträgen miteinander vereinbaren. In diesem Sinne müssen wir das Betriebsverfassungsgesetz ändern. Es kann doch nicht sein, dass die Funktionäre in den Gewerkschaften und in den Arbeitgeberzentralen mit ihrem Votum verhindern, das zu tun, was die Menschen in den Unternehmen wollen, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Die Menschen müssen das selbst entscheiden und nicht die Funktionäre für sie. Natürlich müssen wir sagen, wie wir dafür Sorge tragen, dass Menschen wieder stärker auch im Bereich geringer entlohnter Tätigkeiten auf den Arbeitsmarkt kommen. Unser Problem ist auf der einen Seite, dass die Preise, zu denen Arbeit angeboten wird, zu hoch sind und dass die Unternehmen diese hohen Preise unter Wettbewerbsgesichtspunkten nicht bezahlen können. Auf der anderen Seite haben wir das Problem, dass wir gerade im Bereich der geringen Entlohnung mittlerweile Transfersysteme haben. Jemand, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, muss sich doch ernsthaft überlegen, ob er einen Arbeitsplatz annimmt oder ob er sich auf den Bezug der Transferleistungen beschränkt und vielleicht nebenher noch ein bisschen arbeitet. Wir brauchen ein System, bei dem derjenige, der arbeitet, am Ende des Monats mehr in der Tasche hat als derjenige, der nicht arbeitet. Das ist doch die Debatte um die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass wir künftig jedem, der arbeitsfähig ist, ein Angebot machen. Entweder ein Angebot im ersten Arbeitsmarkt, das ist das allerbeste. Ein Angebot im zweiten Arbeitsmarkt, ein Angebot im Bereich der Leih- und der Zeitarbeit. Wir haben jetzt gesetzliche Regelungen getroffen, allerdings unter starkem Gewerkschaftseinfluss mit der Notwendigkeit des Abschlusses von Tarifverträgen. Ich hätte da einen Vorschlag, wie wir dieses Element im Saarland stärker nutzen können. Wir wissen, dass im Bereich der Leih- und der Zeitarbeit die Bezahlung am Anfang des Beschäftigungsverhältnisses etwa 25 Prozent unter dem Tariflohn liegen muss, damit es für Arbeitgeber interessant wird, solche Arbeitsplätze anzubieten. Lassen Sie doch im Saarland Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Gewerkschaften einen Tarifvertrag für Zeit- und Leiharbeit abschließen, der einen 30 prozentigen Lohnabschlag in der ersten Zeit des Beschäftigungsverhältnisses vorsieht. Dann sind wir in der Lage, über dieses Instrument Hunderte von Menschen, die im Saarland im Moment arbeitslos sind, wieder in Arbeit zu bringen. Ich hoffe, dass alle dazu bereit sind, die Arbeitgeber und auch die Gewerkschaften. Es soll mir keiner kommen und sagen, da geht es um das Unterlaufen der Tarifbindung. Die Frage ist hier nicht: Arbeit zu vollem Tariflohn oder Arbeit zum Zeitarbeitstariflohn. Die Frage ist: Arbeit zum Zeitarbeitstariflohn oder keine Arbeit. Ich sage: lieber befristet Arbeit als unbefristet arbeitslos! Also: Entweder erster Arbeitsmarkt, zweiter Arbeitsmarkt, Zeit- oder Leiharbeit. Für diejenigen, die wir dann immer noch nicht versorgt haben, bieten sich auch Qualifizierungsmaßnahmen an. Wenn dann immer noch welche übrig bleiben, gibt es auch das Angebot gemeinnütziger Arbeit. Ich finde, das kann man jedem zumuten. Wer Transferleistungen bekommt, wer Sozialhilfe bekommt, wer Arbeitslosenhilfe bekommt, dem kann man auch zumuten, dass er etwas dafür tut, wenn er arbeitsfähig ist. Im Zweifelsfall gibt es dann eben noch die gemeinnützige Arbeit mit der Maßgabe, dass, wer gemeinnützige Arbeit erbringt, auch Sozialleistung erhält. Wer sich aber weigert gemeinnützige Arbeit zu leisten, der verabschiedet sich aus

der Solidarität. Dann sollte auch die Sozialleistung entsprechend gekürzt werden. Wir können im Saarland anfangen, Beispiele dafür habe ich genannt.

Ein zweites großes Thema für die Notwendigkeit der Auflösung des Reformstaus ist unser Steuersystem. Wir brauchen in Deutschland endlich wieder ein Steuersystem, das man versteht; ein transparentes Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen, bei dem die Ausnahmetatbestände beseitigt werden; ein wachstumsfreundliches und rechtsformneutrales Steuersystem. Große Gesellschaften, Kapitalgesellschaften, Versicherungen und Banken können in der Bundesrepublik Deutschland immer noch Unternehmensbeteiligungen veräußern und Aber-Millionen und -Milliarden Euro an Gewinnen machen, ohne einen einzigen Cent an Steuern dafür zu bezahlen. Gleichzeitig aber muss der kleine Mittelständler oder der Handwerksmeister, der sein ganzes Leben lang in sein Unternehmen investiert hat, und für den das Unternehmen die Altersversorgung ist, hohe Steuern zahlen, wenn er dieses Unternehmen veräußert. Die Politik dieser Bundesregierung macht eine Politik im Interesse der Großbetriebe. Der Mittelstand ist dabei vergessen worden. Die Zukunft Deutschlands hängt aber am Mittelstand und deshalb brauchen wir ein Steuersystem, das auch gegenüber dem Mittelstand gerecht ist.

Insbesondere auch die Sozialsysteme sind ein großes Thema, mit dem wir uns beschäftigen müssen. Natürlich stehen wir vor einer demographischen Katastrophe in Deutschland. Wir haben relativ immer weniger junge Menschen und im Verhältnis dazu relativ immer mehr ältere Menschen in Deutschland. Wir müssen deshalb fragen, was das für unsere sozialen Sicherungssysteme bedeutet. **Wir kommen an der Erkenntnis nicht vorbei, dass wir in unseren sozialen Sicherungssystemen die Grundversorgung zwar umlagefinanziert darstellen können, alles andere aber in den Bereich der Eigenverantwortung entlassen müssen.** Auch deshalb brauchen die Leute übrigens mehr Geld in den Taschen, damit sie diese Eigenvorsorge leisten können. Das heißt natürlich, dass wir über die Ausgestaltung unserer Krankenversicherung reden und uns überlegen müssen, ob wirklich alle Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung so weitergeführt werden können, oder ob wir nicht die versicherungsfremden Leistungen aus der Krankenversicherung ausgliedern müssen. Ein Beispiel, das in dem Zusammenhang immer wieder genannt wird, ist das Sterbegeld. Ist das wirklich eine Leistung für die Solidargemeinschaft? Oder muss das nicht künftig in eigener Verantwortung geleistet werden? Ich nenne ein anderes Beispiel: Die Krankenversicherung ist dazu da, die Kosten zu tragen, wenn Krankheiten geheilt werden müssen. Mir kann keiner erklären, dass die künstliche Herstellung einer Schwangerschaft oder die Beendigung einer Schwangerschaft im Wege der Abtreibung etwas mit der Heilung von Krankheiten zu tun hat. Deshalb gehört auch das aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung ausgeschlossen. Wir werden an der Diskussion über die Eigenbeteiligung nicht vorbeikommen. Wir werden nicht an der Diskussion vorbeikommen, den einzelnen über das Maß der gesetzlichen Krankenversicherung stärker mitbestimmen zu lassen. Thema Wahltarife. Warum soll der einzelne nicht selbst entscheiden, wie er mit der Lohnfortzahlung verfahren will? Lohnfortzahlung ab dem ersten Tag mit höherem Beitragssatz oder drei Karenztage mit niedrigerem Beitragssatz. Wir werden sicherlich noch einmal über die Frage zu reden haben, ob unsere Organisation der Pflegeversicherung, so wie sie jetzt ausgestaltet ist, wirklich die richtige Organisation der Pflegeversicherung ist. Wir werden auch nicht daran vorbeikommen, noch einmal über das Rententhema zu reden. Auch dort muss das Element der eigenen Vorsorge ausgebaut werden, allerdings einfach und plausibel.

Wir brauchen plausible Systeme, die in diesem Zusammenhang greifen, aber wir werden an mehr Eigenverantwortung nicht vorbeikommen.

Wir brauchen in Deutschland auch eine Offensive der Deregulierung und der Entbürokratisierung. Im Saarland haben wir damit bereits erfolgreich angefangen. Wir haben über 1.300 Verwaltungsvorschriften ersatzlos aufgehoben. Demnächst machen wir den nächsten Schritt: Wir sind dabei, die Landesbauordnung zu novellieren. Ziel der Novellierung der Landesbauordnung ist, Bauvorhaben schneller genehmigungsfähig zu machen, Genehmigungspflichten aufzuheben und die Prüfung zu beschleunigen, damit der Bauwillige zeitnah seinen Bescheid hat. Uns ist dann gesagt worden: „Das könnt ihr doch nicht machen!“ Denn die Folge sei, dass der Statiker, dessen Berechnungen nicht noch einmal im einzelnen nachgerechnet werden, und der Ingenieur, dessen Feststellungen nicht in allen Details überprüft werden, auf einmal selbst für das haften müssen, was sie da machen. Die öffentliche Verwaltung ist dazu da, um zu schauen, ob das Bauplanungsrecht beachtet wird und mehr nicht. Privates Risiko muss auch privat getragen werden und deshalb werden wir eine Landesbauordnung machen, die dereguliert

Wir haben in diesen Tagen eine heftige Debatte um eine weitere Deregulierungsmaßnahme: Das ist die Deregulierung im Bereich des Schornsteinfegerwesens. Es gibt kaum ein Thema, über das so heftig diskutiert wird, wie über die Frage der Schornsteinfegergebühr. Warum sollten wir nicht ein ökologisch vernünftiges Ziel mit einem ökonomisch vernünftigen Anreiz verbinden? Wenn sich jemand umweltbewusst verhält und eine Anlage anschafft, die ökologisch besonders vernünftig ist, die modern ist und einen geringeren Überprüfungsaufwand hat, dann wollen wir künftig die Intervalle der Überprüfung für diese Anlage erweitern, von einem Jahr auf zwei Jahre erweitern, so dass die Leute gleichzeitig auch Geld sparen können. Schließlich ist das etwas unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten Vernünftiges. Deshalb werden wir das auch machen und da werden wir auch nicht vor einzelnen Lobbies in die Knie gehen.

Es gibt viele andere Dinge, die ich gerne in diesem Lande regeln würde, die ich aber für das Saarland nicht regeln kann. Zum Beispiel die Debatte um den Ladenschluss: Warum müssen wir das auf Bundesebene regeln? Warum soll das nicht jedes Land so machen, wie es das für richtig hält? Ich bin nicht für eine weitere Liberalisierung des Ladenschlussgesetzes. Ich bin der Meinung, dass, wer einkaufen will, genug Zeit zur Verfügung hat, das zu machen. Ich bin der Meinung, dass der Sonntag heilig ist und uns auch heilig bleiben soll. Warum sollte sich das Saarland in diesem Bereich von Hamburg eine Regelung vorschreiben lassen, nur weil es dort ein Problem mit den Öffnungszeiten am Kiez gibt? Das ist völliger Unsinn! Also mehr Eigenverantwortung in die Länder, mehr eigene Zuständigkeit in die Länder. Das ist im übrigen dann auch die richtige Föderalismusdebatte.

Neulich ist die Debatte um die Länderneugliederung wieder aufgetaucht. Als ob dies ein Beitrag zur Lösung der Probleme im Föderalismus sei! Das Argument, mit dem die Debatte um die Länderneugliederung wieder einmal begründet wird, ist das Kostenargument. Da heißt es immer, dass acht Bundesländer weniger kosten würden als sechzehn Bundesländer. Es gibt bis heute nicht eine einzige seriöse Untersuchung, die diese These bestätigt. Wenn das Saarland eine **durchschnittliche Anzahl** mit öffentlich Bediensteter hätte, wie es die anderen Bundesländer haben, dann hätten wir in diesem Land - einschließlich des Personals der politischen Führung - 3000 öffentlich Bedienstete mehr als zur Zeit. Länderneugliederung und Anpassung an den Bundesstandard hieße bei uns mehr Personalausgaben und nicht weniger Personalausgaben. Deshalb ist die Behauptung, dass eine Reduzierung der Anzahl der Bundesländer auch die Ausgaben für die Verwaltung reduzieren würde,

nicht bewiesen. Mir muss außerdem jemand mal erklären, welches Problem hier in Deutschland auf der Basis einer Länderneugliederung wirklich besser zu lösen wäre und welches Problem leichter zu lösen wäre, wenn wir acht statt derzeit 16 Bundesländer hätten. Das Gegenteil ist doch der Fall. Je größer die Länder sind, umso bürgerferner ist die Entscheidung, umso mehr wird zentral entschieden und nicht nach den Bedürfnissen vor Ort. Glauben Sie denn ernsthaft, dass die Teilentschuldungsleistungen, die ins Saarland geflossen sind, wenn wir ein Teil von Rheinland-Pfalz wären, immer noch ungeschmälert ins Saarland fließen würden? Glauben Sie denn ernsthaft, dass es im Saarland noch eine eigenständige Universitätsklinik gibt, wenn dieses Land aufgelöst wird? Rheinland-Pfalz hat für vier Millionen Einwohner eine Universitätsklinik. Die Verfechter der Länderneugliederung glauben, dass man auch für fünf Millionen Menschen mit einer Universitätsklinik auskommt. Glauben Sie denn ernsthaft, dass es noch einen eigenständigen Saarländischen Rundfunk gibt, wenn es kein eigenständiges Saarland gibt? Ich will den eigenständigen Saarländischen Rundfunk und ich bin stolz auf diese eigenständige Stimme dieses Landes, die sich im Vergleich mit anderen wirklich sehen lassen kann. Glauben Sie denn wirklich, dass Entscheidungen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur oder der Wirtschaft noch mit Blick auf die Interessen in unserem Lande entschieden werden, wenn wir nicht mehr eigenständig sind? Als Teil eines größeren Bundeslandes sind wir fünftes Rad am Wagen! Das hat dieses Land nicht verdient, und deshalb sagen wir nein zu einer Länderneugliederung. Wir wollen selbst gestalten, und wir sind auf einem guten Weg und kommen voran. Wir wollen selbst gestalten im Bereich der Bildungspolitik. Hier sind wir auf einem guten Weg und werden mittlerweile als Modell angesehen. Wir wollen selbst gestalten im Bereich unserer Hochschulstruktur. Die drei renommiertesten Forschungspreise der Bundesrepublik Deutschland sind im vergangenen Jahr an drei saarländische Forscher vergeben worden. Das ist ein toller Erfolg! Mein Glückwunsch geht von dieser Stelle aus an die Preisträger und auch an unser Land, denn dies ist auch ein großartiger Erfolg für unser Land. Wir wollen, ein System, in dem gutes Wirtschaften in einem Land sich für das Land auch auszahlt, und schlechtes Wirtschaften auch von denen verantwortet werden muss, die dafür die Verantwortung tragen. Eines unserer größten Probleme in der gegenwärtigen schwierigen Situation ist die Tatsache, dass wir - bedingt durch das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum, das wir im Saarland seit dem Jahr 2000 haben - mittlerweile erhöhte Steuereinnahmen haben und deshalb erhöhte Rückzahlungen in den Länderfinanzausgleich leisten müssen. Wir haben nicht nur die Steuerausfälle, wir werden auch noch dafür bestraft, dass wir mittlerweile besser wirtschaften als andere! Das muss geändert werden, dafür gibt es einen neuen Länderfinanzausgleich ab dem Jahr 2005. Dafür brauchen wir keine Länderneugliederung! Kurfürstliche Überlegungen hin und her, das Saarland bleibt das Saarland, es geht seine eigenen Wege und stellt sich auf die eigenen Füße. Das ist das Beste für das Saarland und für die Menschen in unserem Land.

Seit wir Verantwortung in diesem Land tragen, haben wir bereits viele Dinge verändert und auf den Weg gebracht. Während die Sozialdemokraten in der Bildung abgebaut haben, haben wir aufgebaut. Während dort Lehrer abgebaut worden sind, haben wir neue Lehrer eingestellt. Wir haben die Qualitätsoffensive im Bildungssystem gemacht, nicht nur das Abitur in zwölf Jahren, nein, verbindliche Schullaufbahneempfehlungen, Abschlussprüfungen an unseren Schulen. Wir haben jetzt eine Grundschuloffensive gestartet. Schrittweise werden wir dafür sorgen, dass die jungen Menschen in unseren Grundschulen genauso viel Unterricht bekommen wie die jungen Menschen in den bayerischen Grundschulen. Unsere Kinder sind

nicht dümmer als die bayerischen Kinder und wenn sie bei der Pisa-Studie kürzlich schlechter abgeschnitten haben, dann liegt es an der schlechteren Bildungspolitik der Vorgängerregierung. Die ändern wir und dann werden wir sehen, dass unsere Kinder sogar schlauer sind als die bayerischen Kinder. Eine Politik auch und gerade im Dienste der Inneren Sicherheit in unserem Lande ist ein weiteres wichtiges Thema, das wir angepackt haben. Unter den Sozialdemokraten sind bei der saarländischen Polizei über 700 Arbeitsplätze abgebaut worden. Wir stellen neue Kommissaranwärter ein, wir bilden neue Kommissaranwärter aus. Auch die Polizei in diesem Land weiß, dass sie sich auf die Politik wieder verlassen kann; die Polizei in diesem Land weiß, wenn demonstriert wird, dass die Politik hinter ihr und nicht als Demonstrant vor ihr steht. Das ist die Grundlage für eine gute Politik der Inneren Sicherheit in unserem Land. Eins ist dabei klar. Wir werden Verbrechen dadurch nicht insgesamt verhindern. Wir werden nicht verhindern können, dass es auch schlimme und schlimmste Verbrechen in unserem Land gibt. An einem Abend wie dem heutigen sind auch ein paar Bemerkungen zu ganz besonders abscheulichen Vorgängen, die im Saarland stattgefunden haben, notwendig. Wir haben erlebt, dass es im Saarland schlimme Fälle des sexuellen Missbrauchs Minderjähriger gegeben hat. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft sind dabei, die Dinge im einzelnen aufzuklären. Im übrigen an dieser Stelle eine Bitte an die Vertreter der Medien: Die Bitte nämlich, die Polizei ihre Aufklärungsarbeit so machen zu lassen, dass die Dinge wirklich aufgeklärt werden können. Die Bitte, darauf Rücksicht zu nehmen, dass es Beweismittel gibt, die man braucht, und die deshalb nicht beschädigt werden dürfen; und die Bitte, darauf Rücksicht zu nehmen, dass es Opfer gibt in diesen Straftaten, die Schutz verdient haben und nicht öffentliche Darstellung. Ich sage das in aller Ernsthaftigkeit. Dann meine zweite Bitte, die ich in diesem Zusammenhang vorab kommentieren möchte. Ich habe eine Bitte, nicht zu verallgemeinern. Ich habe die eine oder andere Aussage, den einen oder anderen Zungenschlag gehört, als ob das, was da an schrecklicher Tat sich abzeichnet, sozusagen verbunden sei mit einer bestimmten Wohnlage, mit einem bestimmten Ortsteil. Ich will von dieser Stelle aus sagen, auch wenn dieses Verbrechen in Burbach geschehen ist, es hätte an jedem anderen Ort unseres Landes geschehen können. Die Menschen in Burbach sind Menschen wie wir alle und sie haben nicht verdient, dass sozusagen ihr gesamter Stadtteil jetzt in den Zeitungen angegriffen wird. Was dort geschehen ist, ist ein Abgrund. Mir hat dieser Tage ein Verantwortlicher gesagt, der sehr nahe an den Fällen arbeitet: „Wenn ich das, was einzelne da getan haben, beschreiben würde mit dem Satz, der hat sich verhalten wie ein Tier, dann weiß ich nicht, ob ich nicht dem Tier Unrecht tue.“ Natürlich muss ein solcher Fall aufgeklärt werden, natürlich wirft ein solcher Fall Fragen auf. Wir haben nicht nur den Fall Pascal. Aller Voraussicht nach gibt es weitere Fälle von Kindern, die sexuell missbraucht worden sind. Wir haben den Tatbestand, dass wahrscheinlich die zentrale Person bei diesen Fällen des sexuellen Missbrauchs eine Frau ist, die darüber hinaus für eines der missbrauchten Kinder als Pflegemutter eingesetzt war und auch als Schöffin am Gericht tätig war. Natürlich müssen wir fragen, wie so etwas möglich ist und ob so etwas nicht verhindert werden könnte. Ich bin der Auffassung, dass sich die beteiligten Behörden, zunächst einmal mit ihrer eigenen Verantwortung auseinandersetzen, bevor sie versuchen, Schuldzuweisungen in andere Richtungen zu adressieren. Wenn wir mittlerweile Hinweise darauf haben, dass das Jugendamt in Saarbrücken seit 1997 mit Blick auf die Verwahrlosung eines Pflegekindes Hinweise hatte; wenn wir wissen, dass irgendwann die Pflegschaft aufgehoben worden ist, das Kind aber trotzdem im Einflussbereich dieser Frau geblieben ist, dann glaube ich, dass sich hier Fragen auftun, die vom Jugendamt beantwortet

werden müssen. Ich hoffe, dass man nicht der Versuchung unterliegt, die Verantwortung auf andere abzuschieben. Wir müssen noch einmal darüber reden, ob die Philosophie der sogenannten millieugerechten Unterbringung von Pflegekindern wirklich eine Philosophie ist, die dem Wohl des Kindes nutzt, oder ob sie eher unverantwortliche Gefahren für das Kind begründet. Natürlich müssen wir über unsere Verfahren zur Auswahl von Schöffen reden. Wie muss sich denn jemand vorkommen, der in einem Verfahren verurteilt worden ist, in dem möglicherweise diese Frau als Schöffin tätig gewesen ist? Sind die Verfahren richtig gefiltert, oder müssen wir nicht zusätzliche Filter einbauen? Erst dann müssen wir fragen, ob wir die richtigen gesetzlichen Möglichkeiten zur Verfügung haben, um mit solchen Straftätern umzugehen. Ich glaube, dass wir ein Stück weiter wären, wenn die Möglichkeiten, die die Gesetze bieten, heute auch schon konsequent angewendet würden. Ich glaube, dass die Frage der Anwendung der Gesetze auch eine Frage ist, über die man reden können muss, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, in die richterliche Unabhängigkeit einzugreifen. Wer sich in dieser Art und Weise vergeht, wer solche Dinge begeht, der muss mit aller Härte, die das Gesetz vorsieht, bestraft werden. Und da müssen die vorgesehenen Strafrahmen auch ausgeschöpft werden.

Ich will einen letzten Punkt nennen, weil er zur Ehrlichkeit der Debatte gehört. Wer sich an drei-, vier-, fünfjährigen Kindern in unsäglicher Weise sexuell vergeht, ist jemand, vor dem die Gesellschaft geschützt werden muss. Deshalb ist die Union der Auffassung, dass auch in diesen Fällen künftig die Möglichkeit der sogenannten Sicherungsverwahrung bei Ersttätern geschaffen werden muss. Nicht erst beim Wiederholungstäter, nicht erst beim zweiten oder beim dritten schlimmen Fall eines sexuellen Verbrechens, sondern schon beim ersten Fall muss es möglich sein, jemanden auf Dauer wegzusperren und auch nicht mehr zu entlassen. Wir haben dies immer wieder zum Gegenstand von Gesetzesinitiativen im Deutschen Bundesrat gemacht. Wir sind immer wieder abgeblockt worden. Jetzt hat sich die Bundesregierung auf eine Regelung mit dem Inhalt verständigt, dass so etwas ermöglicht wird, wenn ein entsprechender Vorbehalt im Urteil formuliert ist. Bereits das greift zu kurz. Das heißt nämlich, dass dieser Vorbehalt für alle diejenigen, die jetzt bereits verurteilt sind, noch nicht gilt. So etwas greift frühestens in sieben, acht, neun, in zehn Jahren, wenn die Entlassung derjenigen ansteht, die heute verurteilt werden, und das ist zu spät. Ich bin für Sicherungsverwahrung für Ersttäter, dort, wo es gerechtfertigt ist, auch ohne einen richterlichen Vorbehalt. Ein allerletztes will ich in diesem Zusammenhang sagen. Die Behörden, die Polizei, die Jugendämter, die Staatsanwaltschaft, sie allein werden diese Probleme nicht lösen können, sie sind angewiesen darauf, dass alle mithelfen. Ich glaube, dass dieser Fall auch wieder eine Mahnung an uns alle ist, nicht wegzusehen, sondern hinzusehen. Wenn in Hamburg in der U-Bahn der Fall einer Vergewaltigung simuliert wurde, um festzustellen, ob die übrigen Passanten eingreifen, und die übrigen Passanten nicht eingegriffen haben, sondern weggeschaut haben, dann offenbart das einen Missstand in unserer Gesellschaft. Wir sind alle gemeinsam aufgerufen, dafür zu sorgen, dass das Saarland ein Land der Zivilcourage ist; ein Land derjenigen, die hinschauen und die eingreifen, wenn Gesetze übertreten werden. Egal ob in einem gravierenden oder in einem weniger gravierenden Fall, auch das muss ein Kennzeichen unseres Gemeinwesens werden.

Auf dieser Grundlage wollen wir nach vorne gehen und den erfolgreichen Weg, den das Saarland in den vergangenen drei Jahren beschritten hat, fortsetzen. Ich will es noch einmal in Erinnerung rufen: Seit 2000 überdurchschnittliches

Wirtschaftswachstum; die relativ feste Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit (von Platz elf aufgestiegen auf den Platz sechs); überdurchschnittliche Unternehmensgründungen, unterdurchschnittliche Zahl der Unternehmensinsolvenzen. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen, wollen wir dieses Land weitergestalten.

Das Jahr 2004 wird ein Jahr der Weichenstellungen im Saarland sein. Es wird ein Jahr sein, in dem die Kommunalwahlen und die Europawahlen stattfinden, in dem viele Bürgermeister und viele Landräte gewählt werden und in dem dann auch die Landtagswahl stattfinden wird. Die CDU ist zur dominierenden Kraft in diesem Land geworden, und das tut diesem Land gut. Die CDU kann in diesem Land gewinnen, die CDU kann überall in diesem Land gewinnen. Wenn Ihnen vor drei Jahren jemand gesagt hätte, dass wir beim diesjährigen Aschermittwoch feststellen können, dass der Bürgermeister von Völklingen Klaus Lorig von der CDU sein wird, hätten Sie es geglaubt? Sie hätten es nicht geglaubt. Es ist aber heute so. Wenn wir die Bürgermeisterwahl in Völklingen gewinnen können, wenn wir die Bürgermeisterwahl in Großrosseln mit Peter Duchene gewinnen können, dann können wir überall im Saarland gewinnen, dann wollen wir überall im Saarland gewinnen, weil es das Beste für unser Land ist. Die Sozialdemokraten fallen für die Gestaltung der Zukunft dieses Landes aus! Schauen Sie sich diese Truppe an. Können Sie mir einen konkreten, konstruktiven Vorschlag zur Gestaltung der Politik des Landes der saarländischen Sozialdemokratie nennen? In der letzten Landtagssitzung - Landtagssitzungen dienen eigentlich in erster Linie dazu, dass die Opposition die Regierung kontrolliert - gab es nicht einen einzigen Tagesordnungspunkt, der von den Sozialdemokraten beantragt worden ist. Die Mädels und Jungs haben nichts mehr zu sagen, sie versuchen längst durch die Betätigung der Dreckschleuder, durch persönliche Ehrabschneidung politische Konzepte zu ersetzen. Und das ist das Allerletzte, was unser Land braucht.

Die saarländischen Sozialdemokraten haben einen Mann an der Spitze, Heiko Maas, den selbst in der saarländischen Sozialdemokratie niemand mehr ernst nimmt. Das muss man sich mal vorstellen! Der hat so wenig Autorität, dass er es noch nicht einmal schafft, einen Oberbürgermeister in Saarbrücken zum Rückzug zu bewegen, der wegen strafbarer Handlungen nicht nur angeklagt ist, sondern sogar erstinstanzlich verurteilt ist, und von dem in der ganzen Republik niemand mehr etwas wissen will. Bisher sind ja alle Politiker spätestens bei der Anklage zurückgetreten! Und wie uns jetzt eine Umfrage in Saarbrücken gezeigt hat, wollen auch die Saarbrücker nichts mehr von ihm wissen wollen. Heiko Maas schafft es noch nicht einmal, einen solchen Mann aus dem Amt zu entfernen, mit der Folge, dass die Landeshauptstadt keinen politischen Kopf, keine politische Führung hat und darunter leidet. Wer das tut, der versündigt sich nicht nur an der Landeshauptstadt, der versündigt sich auch am Saarland! Wer so wenig Autorität hat, der ist wirklich nicht geeignet, in diesem Lande Führungsverantwortung zu übernehmen. Und diese Erkenntnis macht sich mittlerweile selbst bei den Sozialdemokraten breit. Dass man mit der Truppe keinen Blumentopf gewinnen kann, ist die einzig mögliche Erklärung dafür, dass selbst im Saarland der Ruf nach jemandem ertönt, der in der Republik insbesondere dadurch auf sich aufmerksam gemacht hat, dass er in einer Art und Weise aus der Verantwortung ausgeschieden ist, wie selbst der Kassierer vom Kegelclub die Kasse nicht niederlegen kann. Seither heißt es in Deutschland, wenn einer sich in unverantwortlicher Weise aus der Verantwortung stiehlt, der macht „den Lafontaine“. Der wird jetzt wieder gerufen, weil man sieht, dass mit den anderen kein Blumentopf zu gewinnen ist. Ich kann nur sagen, herzlich willkommen! Ich bin dafür,

dass wir einfach mal die Dinge miteinander vergleichen, wie das so im Saarland unter Lafontaine war und wie das jetzt im Saarland ist. Die Arbeitslosigkeit im Saarland ist unter der Regierungsverantwortung von Oskar Lafontaine in den Jahren 1985 bis 1999 im Jahresdurchschnitt exakt um die Zahl von 487 gesenkt worden. Seit wir die Regierungsverantwortung tragen, haben wir einen Rückgang der Arbeitslosigkeit von 4837. Wir haben in drei Jahren einen siebenfach stärkeren Rückgang der Arbeitslosigkeit hinbekommen als Oskar Lafontaine in vierzehn Jahren. Wollen Sie wirklich wieder Lafontaine? Ich nenne ein zweites Beispiel: In den vierzehn Jahren Oskar Lafontaine hat das Saarland in der Wirtschaft einen Wachstumsrückstand von 18,6 Prozent aufgebaut. Jedes Jahr sind wir im Bundesdurchschnitt weiter zurückgefallen. In diesem Land ist überall vom Zweidrittelwachstum an der Saar gesprochen worden. Seit die CDU die Regierungsverantwortung im Saarland trägt, haben wir überdurchschnittliches Wachstum. Im Jahr 2000 lagen wir 0,2 Prozent-Punkte über dem bundesdurchschnittlichen Wachstum, im Jahr 2001 waren es 0,6 Prozent-Punkte, in diesem Jahr 1 Prozent-Punkt. SPD heißt: Wir fallen zurück. CDU heißt: Wir kommen nach vorn. Wollen Sie den Lafontaine wieder? Wer in Deutschland will ihn wieder? Wenn ich in dem weichen Bett von Axel Springer liege und mich dort alimentieren lasse, dann habe ich es wirklich leicht, den Sozialneid in Deutschland zu schüren. Das ist Oskar Lafontaine. Außerhalb des Landes möchte niemand mehr mit ihm zu tun haben außer ein paar Versprengten aus dem Gewerkschaftsbereich. Selbst in der eigenen Partei hat er außerhalb dieses Landes keine Akzeptanz mehr. Wenn die saarländischen Sozialdemokraten nach ihm rufen, sollen sie nach ihm rufen! Das ist der Ruf der Verzweiflung. Mit Zukunft für unser Land hat das aber nichts zu tun, die Zukunft für unser Land ist verbunden mit unserer Partei! Die Zukunft für unser Land ist verbunden mit der CDU! Deshalb wollen wir gemeinsam für eine gute Zukunft in unserem Land arbeiten, für ein starkes Saarland. In diesem Sinne alles Gute.